

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit inhaltlich vollst. Inhalt und Zeit. Es ist Publikations-Organ der gewerkschaftlichen u. gewerkschaftl. Organisationen u. a. m. Druck-Verlagsges. Halle. Schriftleitung: Dr. Wäckerle 4. Fernsprechnr. Halle Nr. 2605, 2606. Postamtliche Zustellungsbefreiung mittels des 1. B. 1. 1926. — Invermeidbar eingehenden Zuschriften an den Redaktions-Bureau

Verlagspreis monatlich 2,00 RM., u. 0,20 RM. Subskriptionsgebühr, insgesamt 2,20 RM., für Abholer mindestens 0,20 RM. Halbjahrespreis 2,30 RM., durch Vorbestellung 2,00 RM., bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,00 RM. — Einzelpreis 15 Pf. im Abonnement und 10 Pf. im Retailverkauf der Blattzeit. Hauptverlagsgesellschaft: Dr. Wäckerle 4. Fernruf 2605, 2606, 2607, 2608. Verlagsadresse: Halle Nr. 2605

„Haltet den Dieb“ - Geschrei

Brünings alte Zentrumstaktik

Die gestrigen Beratungen der Zentrumspartei in Berlin

Der Reichstagsler hat am Sonntag vor dem in Berlin tagenden Parteianschluß des Zentrums eine Rede gehalten, die sich fast ausschließlich gegen die Sozialdemokratie richtete und die in der Tendenz offensichtlich schärfere gehalten worden ist, als es aus dem Parteiantrittsbericht hervorgeht. Es war zugleich eine Art Rechtfertigungstaktik, die den verarmten Zentrumshängern zeigen sollte, warum Herr Brüning Reichstagsler werden mußte.

Schönung wiederholte einleitend, daß er alles getan habe, um den Ausfall der Großen Koalition zu vermeiden. Das ist richtig und falsch. Richtig insofern, als Brüning sich als politischer Größenpolitiker am die Große Koalition bemüht hat und wissen ließ, daß sein Zweifel darüber bestehen kann, ob Brüning nicht erst jetzt der Bildung eines Kabinetts mit sozialistischen Mitgliedern entgegenstehe, um die Bildung einer Einheitsregierung zu verhindern.

Besonders hat Brüning seit Monaten mit dem Reich am Treiben unternommen. Was unter Brüning's Führung guttun bekommen ist, harte Treiben seit Monaten erlitten. Vielleicht ist jedoch Treiben als auch Brüning der Zeitpunkt ihres gemeinsamen Scheiterns etwas zu früh

gekommen, als sie es erwartet hatten, aber als es soweit war, hat Brüning der Gruppe um Treiben den Stiefel gelassen und sich gewissermaßen an die Spitze dieser seit langer Zeit vorbestimmten Revolte gestellt, die mit demselben Treiben gegen das Parlament gerichtet ist. Alles, was Brüning heute androht, die Anwendung des Artikels 48 und die Auflösung des Reichstages, weist auf die Organisation seines „Bundesbruders Treib“ hin, die lange Zeit vorher nicht ohne Wissen des Herrn Brüning von Treiben dem Reichspräsidenten als der Staatspräsident letzter Schluß mit Erfolg vollzogen worden ist. Wir werden das immer wieder feststellen.

Es sind das keine ungenügenden „Bemerkungen der Sozialdemokratie gegen das Zentrum“, wie das Brüning in seiner Rede ausgesprochen hat. Seit wann ist Herr Brüning das Zentrum? Seit wann sind solche, nicht widerlegbare Tatsachen ein ungedachter Angriff gegen das Zentrum in seiner Gesamtheit? Mit dem Zentrum als Partei hat die Sozialdemokratie immer möglichst zusammenarbeiten wollen. Das schließt aber nicht aus, daß sie zu der Politik des Zentrums das sagt, was von ihrem Standpunkt aus gesagt werden muß. Das war so, als wir mit dem Zentrum im Reich in der Großen Koalition gearbeitet haben und wird so werden, nachdem diese Koalition zerbrochen ist. Dem Parteiantrittsbericht des Zentrums hat Brüning das beharrlich haragmatisch versucht, daß er sich ihm als berufen.

Stütze der Demokratie und des Parlaments
vorgestellt hat. Eine solche Demokratie, die die größte Arbeitnehmerspartei benutzt aus der Regierung ausschaltet, die mit dem Artikel 48 und der Auflösung des Parlaments droht, weil sich die gegenwärtige Regierung als Widerstandskabinet gegen eine Wechsellösung nicht aufrechterhalten kann.

Die Rede Brünings.
Reichstagsler Dr. Brüning behandelte in seiner Rede die aktuellen innerpolitischen Probleme, wobei er noch einmal einen Ueberblick über die vorangegangene Entlohnung gab. Anknüpfend an seine Rede auf dem Parteitag der rheinischen Zentrumspartei in Köln betonte er, daß er, obwohl er bereits damals auf alle Schwierigkeiten hingewiesen habe, dennoch die Innenpolitik entgegennehmen würde, bis zum letzten Augenblick, bis zur letzten Stunde alle Kraft daran gesetzt habe, um die politische Krise zu vermeiden.

Wir, so fuhr Dr. Brüning fort, sind in sachlicher Beziehung zu jeder Konzeption bereitgegangen, uns kam es, wie die Zentrumspartei durch ihre Vertreter immer wieder erklärt hat, darauf an, daß die damalige Koalition gerettet würde und daß der parlamentarismus seine Pflicht gegenüber dem ganzen Volk erfülle.

Wenn die Sozialdemokratie, so betonte Dr. Brüning hochschon, ein Interesse daran hat, die Brücke zur Zentrumspartei nicht abbrechen, würde sie getun, was in ihrem Interesse gegenüber der Zentrumspartei andere Maßnahmen als in den letzten Tagen angewandt.

Unter Hinweis auf die Auseinandersetzungen um die Arbeitslosenversicherung, die schließlich im Stütz der alten Regierung führten, erklärte Dr. Brüning: „Die Krise ist gekommen durch eine gewisse Koalitionsminderheiten, die in der letzten Zeit unpopuläre Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre immer und immer wieder nur die

außenpolitische Situation mäßig die Klammern schuf. Wenn der Young-Plan von allen in Frage kommenden Mächten in kurzer Zeit ratifiziert sein wird, kann komme doch zuerst das große Problem der internationalen Anleihe. Glaubt man denn im Ausland, diese Summe von 1,2 Milliarden unterbringen zu können, wenn in Deutschland Finanzen und Wirtschaft nicht in Ordnung sind? Und von dieser Anleihe sind doch wiederum die weitere Entwicklung des Geldmarktes und der Wirtschaftstage unbedingt und entscheidend abhängig. Davon ist abhängig, ob wir in diesem Jahre ein Steigen der Erwerbslosenzypher oder ein Abwinken zu verzeichnen haben werden. Wir wollen daran festhalten, und wir haben unsere Politik darauf gerichtet, das Parlament nicht in eine hoffnungslose Stellung gegenüber der Wählerschaft finden und es arbeitsunfähig werden zu lassen, sondern das

Parlament zu bringen, sich aufzurufen und mäßig die Verantwortung zu übernehmen.

Das Ziel der Brüning-Regierung

Almosen, aber keine Rechte



Genau wie bei uns herrscht auch in reichen Amerika eine enorme Arbeitslosigkeit, die sich infolge der weniger ausgedehnten sozialen Fürsorge noch schärfer auswirkt als bei uns. Hunderte von Arbeitslosen warten auf die Öffnungsbücher der Armenverwaltung von New York.

Sperrung des Reichsbanners?

Schöningh Antwort an das Zentrum.

Zu den Ausführungen des parteipolitischen Pressesekretärs des Zentrums, in denen Schöningh erklärte gegen das Reichsbanner gerichtet werden, erklärte der Reichsbannerführer, Oberpräsident a. D. Schöningh, einem Berichterstatter des „Montag-Worters“ u. a.: Sowohl in den einzelnen Organisationen wie im Bundesvorstand des Reichsbanners, dem Beirat eine ganze Reihe prominenter Juristen, Juristen über angehört, besteht das beste und zuverlässigste Einvernehmen.

Dieses Einvernehmen wird auch nicht getrübt werden können, wenn eine von Zentrumseite versucht werden sollte, das Reichsbanner zu sprengen. Ich bin überzeugt, daß auch in einem solchen Falle die überwiegende Mehrheit der Zentrumspartei den Reichsbanner die Treue halten werde. Ein Zweifel ist es vollkommen unklar, daß das Reichsbanner sich zu einer „sozialistischen Kampftruppe“ erniedrigen habe. Wo der streng überparteiliche Charakter des Reichsbanners gefährdet schien, ist der Bundesvorstand unmissverständlich eingeschritten. Selbst wenn in ein paar Versammlungen ohne Wissen der Reichsbannerleitung über die Worte gegen das Reichsbanner gesprochen sind, so wäre das kein Grund, der Einigkeit des Reichsbanner zu brechen.

Keine Futterkrippenpolitik?

Wie Minister Frid sich selbst verlor
Das Thüringische Ministerkabinet vom 21. Januar 1930 steht im § 15 vor, daß ein Minister, wenn es ohne eigenes Verschulden dienstunfähig wird und aus dem Amte ausscheiden muß, 40 Prozent der letzten Amtsbezüge erhält. Ferner sieht das Gesetz vor, daß mit der Genehmigung des Staatsratsausschusses der Präsident des Landtages besondere Vereinbarungen mit den einzelnen Ministern treffen kann. Von dieser Bestimmung hat Frid jetzt Gebrauch gemacht, weil ihm der § 15 nicht weit genug geht. Die hinter der Regierung stehenden Parteien sind ihm gefolgt und haben am Sonnabend zugestimmt, daß der Landtagspräsident mit Frid folgende Sonderregelung trifft:

„Falls Herr Dr. Frid während seiner Amtszeit als Minister in Thüringen infolge Krankheit dienstunfähig wird, erhält er, auch wenn die Voraussetzungen des § 15 nicht vorliegen, ein Ruhegehalt in der Höhe des § 15, und es erhalten die Hinterbliebenen in diesem Falle nach seinem Tode Versorgungsbezüge in entsprechender Anrechnung des Staatsbeamten- und des Staatsrenteninteressenverzeichnisses. Letzteres gilt auch, wenn Herr Dr. Frid, ohne daß die Voraussetzungen des § 15 vorliegen, während seiner Amtszeit als Minister stirbt.“

Saum zwei Monate im Amt — und schon hat Herr Frid für sich gefolgt. Wie verhält sich diese Methode mit den nationalsozialistischen Agitationsproben, nach denen parlamentarische Minister keine Pensionen beziehen sollen und nationalsozialistische Minister niemals Pensionen beziehen würden? Der neue „Frid-Frid“ zeigt das Gegenteil und damit wieder die ganze Heuchelei der nationalsozialistischen Agitation.

Der neueste Parteistrich der Kapediten.

Die Rebellion der linksopportunistischen „Sektierer“, die mit dem abgehaltener Gewerkschaftsleiter der RFD. Werner in Opposition gegangene Gruppe) nötig die kommunistische Parteizentrale zu außergewöhnlichen organisatorischen Schritten. In Berlin wurde als der „Herb der Unruhen“ der Unterbezirk Zentrum aufgelöst. Gegen den Willen der Funktionäre und der Mitglieder wurde der Leiter dieses Unterbezirks seines Amtes enthoben. Die sich mit ihm lutherstehenden Funktionäre wurden ebenfalls abgelehnt.

Wie der oppositionelle „Kommunist“ berichtet, ist in Berlin der größte Teil der neu geschaffenen Unterbezirke in offener Rebellion zum Zentralkomitee und zur Reichsleitung der RFD. Die Bewegung ist auch auf Sachsen und auf die Rheinland übergegangen. Werner selbst sieht über alle Fraktionen zur Fortführung seiner „Gewerkschafts-Linie“ auf.

Frankreich ratifiziert Youngplan

Aber Tardieu macht Vorbehalte für die Rheinlandräumung

Paris, 5. April. (Eigenbericht.) Der Senat hat den Young-Plan mit 284 gegen 8 Stimmen angenommen.

Die Senatsdebatte des Senats über die Ratifizierung des Young-Planes verlief überaus ruhig und sachlich. Die Berichterstatter der Finanzkommission und der Besonderen Kommission, die Senatoren Dumont und Berenger, hatten ihre Ausführungen darauf eingestellt, daß der Young-Plan seine gefürchtete Revolution darstellen, sondern nur die logische Konsequenz einer seit 10 Jahren durchgeführten Politik der enghalsigen Kriegsgeldpolitik sei. Der Dawes-Plan, so erklärte Dumont, habe zwar Frankreich befreit, doch sei er wegen seines provisorischen Charakters ein Friedenshindernis gewesen, denn er habe die Räumung des Rheinlandes unmöglich gemacht. Der Young-Plan sei zwar nur durch den guten Willen und die Ehrlichkeit Deutschlands

garantiert, doch habe die Solidarität der Völker solche Fortschritte gemacht, daß diese Garantien genügen könnten. Berenger betonte, es wäre eintraglicher, wenn man annehmen wollte, Deutschland könnte den Young-Plan genehmigen. Das sei heute bei der Stärke des Reichsbundes, dem Deutschland als vollberechtigtes Mitglied angehöre, nicht mehr möglich.

Ministerpräsident Tardieu kündigte in seiner Senatsrede an, daß die französische Regierung in den nächsten drei Tagen eine Note über die Räumung des Rheinlandes in Berlin werde übergeben lassen. Die Räumung werde erst dann beginnen, wenn Deutschland die Internationalen Zahlungsbank die Anerkennungsurkunde seiner Reparationspflicht übergeben und wenn es, was der Hauptgegenstand der Note sein werde, auch die letzten Reste seiner Forderungenwerte und seiner Kriegsschulden in Rheinland abgibt gerichtet habe.

Wird infolge des schlechten Commencement an die Nordseite. Dabei wurde das Hinterdach abgeleitet und der Wagen selbst abberstelt. Die drei Insassen wurden zum Glück nur leicht verletzt.

Räumen. Konsumersammlung. Dienstag, den 8. d. M., 10 Uhr, findet im „Bürgergarten“ in Rönneken eine Mitgliederbesprechung der Ver-

teilerungstelle statt. Keiner veräume diese wichtige Versammlung.

Wettin. Bei der Fuchsjagd des DAC, die hier allgemeines Aufsehen erregte, hätte es in den schütterlichen Straßen anderer Städte wohl einen Zulauf von Hunderten gegeben. Unter einem Wagen geriet ein Kind, doch erlitt es keine Verletzungen.

ziner (Westin) über „Die Nationalsozialisten“.

Die Vertreter der SPD verlangen eine bessere Unterbringung ihrer Arbeit durch die älteren Parteigenossen.

Richtshamer-Verammlung.

In der letzten Reichsbanner-Verammlung sprach Reichsleiter Franke über den Rücktritt der Reichsregierung. Nachdem die starke republikanische Partei, die Sozialdemokratie, bereits in der Regierungskoalition vieles zu schulden hatte, ist es zu begrüßen, daß sie in der Frage der Reform des Ernährungsengesetzes ein starkes und deutliches Nein entgegenstellte. Die Republikaner müssen sich bisher auf der Duldung, um vor allem die Nazi-Zeuche zu bekämpfen. Dem Reichsleiter schloß sich eine kurze Ansprache an.

Dönnitz. Schönergerich. Obwohl die außerordentlich niedrige Feuerversicherung, die für die am 10. Dezember abgebrannte Scheune bestand, jeden Verstoß der Brandstiftung für den Befreier entfallen würde, hatte es der Staatsanwalt S. eine (Zorgau) doch zu einer Anklage gegen den Befreier und dessen Sohn gebracht. Die Verhandlung, die man aus Invidiositätstendenzen im Saal des hiesigen Rathauses abhielt, kam jedoch zu einem Freispruch für beide Angeklagte. Die Kosten trägt natürlich die Staatskasse.

Kreis Liebenwerda

Untersuchungsergebnis im Falle Leiche.

Zu dem mehrfach erörterten Giftmord an dem Handelsmann Leiche aus Großhennig bei Liebenwerda wird justiziell folgendes mitgeteilt: Durch die gemischte Untersuchung war einwandfrei festgestellt, daß das Verbrechen in großen Mengen verübt wurde. Ebenso war Strachniz im Wagen des Verstorbenen vorhanden. Vorwärtsüber war dem Beschuldigten Weber der Schmutz unter den Fingernägeln hervorgerastet worden. Auch in diesem fand sich Strachniz. Ferner waren Zeugen ermittelt, die bemerkt hatten, wie sich Weber an einem Wagen der auf dem Schweinemarkt stehenden Händler vermittelnd am Wagen des verstorbenen Leiche zu schaffen gemacht, von einem Wagen ein Paketchen entnommen hatte, das auch wie ein Futterbeutel ausfiel, damit fortgegangen und nach einiger Zeit wiedererfunden war. Ein weiterer Zeuge behauptete, daß Weber Strachniz im Walle geholt habe. Weber ist von dem Kriminalbeamten eingehend vernommen unter Vorhalt aller dieser Angaben. Er hat jedoch die Tat bis zuletzt geleugnet. Bald nach seiner Vernehmung hat er seinem Leben durch Erhängen in der Gefängniszelle ein Ende gemacht. Die Ehefrau des verstorbenen Leiche ist aus der Haft entlassen, da sich hinreichende Verdachtsmomente dafür, daß sie an der Tat beteiligt ist, nicht ergeben haben.

Die Leiche des Händlers Weber aus Ortrand wurde von der Anatomie Halle, die sie zu Studienzwecken verordnet, am Sonnabend hier abgeholt.

Mühlberg. Ein tüchtiger Rechtsberater. Als Rechtsberater in einer Erbschaftsangelegenheit in Mühlberg hatte der Rechtsanwalt Paul Sch. fungiert, ein früherer Parte-

vorhaben. Er hatte ein Testament aufgesetzt, das den letzten Willen eines armen Mannes enthalten sollte, der seine geringe Habe gleichmäßig unter seine Kinder verteilen wollte. Das ist der bekannte Rechtsberater? Er setzte einen Vertrag auf, der nach dem Tode des Erblassers rechtmäßig war und so den Eltern Unannehmlichkeiten bereite. Nicht genug hiermit, nahm er dafür Gebühren, die das Doppelte dessen übersteigen, was ein Rechtsanwalt verlangen hätte. Für diesen Betrag verdrachte das Amtgericht in Mühlberg Sch. zu drei hohen Gefängnis. Die Taxen der Staatskasse als Berufungsinstanz hat das Urteil jetzt bestätigt.

Der Etat der Eistgenossenschaft

Bad Liebenwerda. Die Beratung des Haushaltsplanes der Eistgenossenschaft stand unter dem Zeichen der „Knotage“ des Braunkohlensubstrates. Der Braunkohlensubstrat muß entsprechend den geänderten Bestimmungen den Hauptanteil der Kosten tragen. Da der Haushaltsplan für das neue Jahr mit fast 1 1/2 Millionen Mark im Vorausanschlag balanciert, sind die Kosten für den Verbrauch entsprechend hoch, und es war nicht zu verwundern, daß er sich mit allen Mitteln nicht zu decken ließ. Eine Veranschlagung dieser Kosten zu erreichen. Soweit es sich bei den Kosten um die Fortführung und Beibehaltung der Regulierungsarbeiten am Unterlauf der Schwarzen Elster handelte, wurden teilweise Rücksicht genommen. Diese Beiträge, insgesamt 520 000 M., wurden demnach als Pflicht gemacht worden jedoch bei den in diesem Jahr erstmalig vorgelegenen Grundrührungsarbeiten. Die hierfür vorgelegenen Ausgaben von 420 000 M. wurden auf 260 000 M. ermäßigt. Auf der anderen Seite mußte allerdings die der Bergbau bereit erklärten, 26 000 M. zu bewilligen für weitere laufende Unterhaltungsarbeiten im Abschnitt Ruhland-Müdenberg, die dort besonders dringlich erscheinen.

Der Kampf der Freidenker.

Leipzig. In der Freidenker-Versammlung der alten Ortsgruppe wurde von Greiner (Müdenberg) in einem ausführlichen Referat zu dem Austritt der kommunistischen Gemeindefraktion und Übertragung zu einem ähnlichen Gedächtnis genommen. In der Aussprache, an der sich die Genossen Jus. Profest und Klemm beteiligten, wurde klar zum Ausdruck gebracht, daß die Ortsgruppe von dem gewissenlosen Treiben kommunistischer Elemente Abstand nehmen muß, um den Kampfkampf führen zu können. Die in der vorletzten Versammlung neu gewählte Ortsgruppenleitung wurde bestätigt. Ihr gehören an: Vorsitzender Fritz Jus. Friedhofstraße 203; Kassiererin Berta Profest, Sallaarstraße 20; Schriftführer Max Sch. Mühlberg, Gartenstraße 229. Einmütige Mitglieder, auch solche, die ihre Erklärung an die Bestätigung nicht geäußert haben, heißen weiter Mitglied des Verbandes der Freidenker, sofern sie dem Vorstand oder der Kassiererin davon Mitteilung machen. In allen Fällen müssen jedoch die Mitgliedskünder vor unbedingten Elementen zurückgehalten werden, da in nachweisbaren Fällen Künder von kommunistischen Angehörigen entgegen dem Willen der Mitglieder eingezogen worden sind.

Beauftragter: Frau 2000. Gesamtmitglied mit Politik und Religion: G. 2000. Der Kommunistische Kreis und Gemeindefraktion: G. 2000. Der Arbeiter, Sport, Film, Kunst und Jugendbewegung: B. 2000. Der den Freidenker angehörenden: G. 2000. Der den Freidenker angehörenden: G. 2000. Der den Freidenker angehörenden: G. 2000.

Kreis Dessau

Ellenburg

Ortsausschuß der Gewerkschaften

Wie die KPD. Betriebsratswahlen macht

Die vorige Woche stattgefundene Sitzung des Ortsausschusses der KPD, zu welcher alle Gemeindefunktionäre eingeladen waren, erfreute sich eines sehr starken Besuchs. Den Höhepunkt des Abends bildete das Referat von Dr. Schwandert (Magdeburg) über den Young-Plan. Der Redner erzielte reichen Beifall.

Zur Maifeier wurde beschlossen, sie im bisherigen Rahmen zu beobachten, und zwar durch Arbeitsruhe und eine Abendveranstaltung. Als Redner ist der Landtagsabgeordnete Bezirksleiter Sartmann (Jena) gewonnen worden. Zur weiteren Vorbereitung wurden Zahn, Wehnert, Hermann und Richter dem Vorstand zur Seite gestellt. Der neuausgewählte Vorsitzende der KPD, erklärte aus ganz nichtglücklichen Gründen, daß die KPD in diesem Jahr eine eigene Feier veranstalten werde. Nach all den Bestrebungen der KPD in der Sportbewegung usw. war das vorausgesetzt. Den Arbeitern werden aber noch die Augen aufgehen über die Modifikationen dieser Seite.

Auf den Betriebsräteversammlungen am Sonntag, dem 20. April, von 7 bis 10 Uhr abends, und am Sonntag, dem 27. April, von vormittags 9 bis 1 Uhr im „Börsenhof“ wurde hingewiesen. Redner ist G. Richter von der Wirtschaftsschule Dürrenberg. — Es wurde weiter

die Betriebsratswahl in der DGS. einer Kritik unterzogen. Die KPD und ihre Hintermänner haben sich hier ein Glanzstück Demagogie geleistet, um von ihrer Bezirksleitung als wirklich revolutionäre Kämpfer angesehen zu werden. In der Betriebsversammlung wurde einstimmig eine freigeberliche Liste aufgestellt. Beim Ausgehen der Liste stellte sich heraus, daß der Name der Liste gefälscht worden war, indem die Liste als freigeberliche Oppositionsliste bezeichnet wurde. Die auf dem Boden der Gewerkschaften stehenden Arbeiter sind dann noch rechtzeitig von der Liste zurückgetreten, während die übrigen mit dem Aufbruch aus den Gewerkschaften zu rechnen haben.

Die Eltern, deren Söhne im G. 2000. in die Wehr treten, werden ersucht, die Wehrverträge erst dem Verband vorzulegen, die die Unterschrift geleistet wird.

Aus der Partei.

In der Mitgliederbesprechung der Sozialdemokratischen Partei sprach die Reichstagsabgeordnete Anzorge über die politische

Lage. Sie betonte, daß das, was die SPD in den 21 Monaten in der Regierung geleistet hat, im Interesse der Arbeiterklasse geleistet wurde. Um die Kosten, welche durch die neue Regierung dem Volk aufgebürdet werden sollen, zum Teil abzumindern, ist es notwendig, die Partei durch immer neue Kämpfer zu stärken.

Genosse Köhler erläuterte Bericht vom Unterbezirksrat. Genosse Köhler forderte auf, mehr Propaganda für die Zeitschrift „Das freie Wort“ zu machen. Die nächste Versammlung soll voraussichtlich am Sonnabend, dem 10. Mai, stattfinden. Von der Arbeiterjugend wird gewünscht, daß mehr für die Gruppe gewonnen wird. Weiter wurden die Parteigenossen ersucht, der Sportbewegung mehr als bisher Interesse entgegenzubringen und das Sportratellunternehmen bei allen Ausflügen zu unterstützen.

Kreis Jorgau

Jorgau (Stadt)

SPD-Arbeit.

In der Versammlung der sozialdemokratischen Frauengruppe wurde mitgeteilt, daß die Arbeiterbewegung dieses Mal verlangen werde, daß während der großen Ferien die von ihr vorgeschlagenen Kinder an den hiesigen Schulspielen im Entsendung teilnehmen können. Einige Genossinnen werden sich während dieser Zeit als Helferinnen zur Verfügung stellen.

Für die schulentlassenen Jungen und Mädchen wurden aus den vorhandenen freien Mitteln Kleidungsstücke verteilt.

Parteiassistentin Franke hielt einen anderthalbstündigen Vortrag über die letzten politischen Ereignisse. Im Schluß seiner Ausführungen forderte er die Frauen auf, noch mehr als bisher ununterbrochen Arbeit zu leisten.

Am Donnerstag, dem 10. April, findet in den Räumen der Volkshalle ein Lichtbildvortrag der SPD. statt.

Am 24. April spricht in einer öffentlichen Versammlung im „Schützenhaus“ der bekannte sozialdemokratische Redner Dr. Schwandert.

SPARE BEI S & F

DAS ZEICHEN  FÜR QUALITÄT

S & F bringt billige Preise und gute Qualitäten durch Großverkauf

S & F einer der führenden Filialbetriebe für Lebensmittel

S & F seit mehr als einem halben Jahrhundert bewährt in der Lebensmittelversorgung aller Kreise

S & F kommt mit 3 Filialen nach Halle

Erwerbslosen- Tribüne

Informations
ORGAN
für Erwerbslose

1930

1. Heftausgabe

1930

Zum Kampfe bereit!

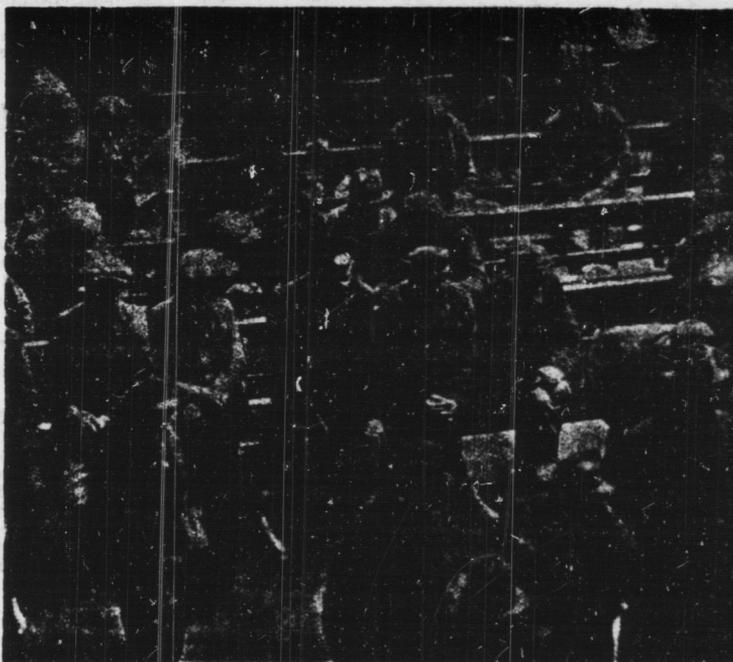
An der Arbeitslosenversicherung läßt die Sozialdemokratie nicht rütteln!

Auf ihrem letzten Parteitag in Magdeburg hat die Sozialdemokratische Partei unter Zustimmung der freien Gewerkschaften der deutschen Arbeiterschaft das Versprechen gegeben, daß die Arbeitslosenversicherung gegenüber allen reaktionären Anstürmen verteidigt und behauptet werden soll.

Die Sozialdemokratische Partei hat dies Versprechen eingelöst. Im Kampf um die Arbeitslosenversicherung zerbrach die Regierungskoalition im Reich. Die Finanznot des Reiches verführte die politischen Beauftragten der Schwerindustrie, die Volksparteiler, zur Stärkung der Macht des Großkapitals auszunutzen. Steuererhöhungen für den Besitz, Ausplünderung der öffentlichen Betriebe, Wucher am Gemeingut des Volkes auf der einen Seite, Abbau der Sozialleistungen, insbesondere Raub der Arbeitslosenunterstützungen, Lohnsenkungen und Unterordnung des Staates unter die Forderungen schrankenloser Profitwirtschaft, das ist das Programm der volksfeindlichen „Volks“partei.

Ihr gegenüber kämpfte, auf sich allein angewiesen, vom Zentrum, von Demokraten im Stich gelassen, im Rücken angegriffen von den verbrüdereten Nazis und Kommunisten, die Sozialdemokratie.

Ihr Ziel war und bleibt:
„Sicherung der Unterstützung für die Kleenarmer unverschuldet arbeitslos Gewordener.“



Die auf Arbeit warten

Diese angesichts der Massennot selbstverständliche Forderung stieß auf den einmütigen Widerstand der bürgerlichen Parteien von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen. Die Einheitsfront zur Vertretung kapitalistischer Interessen handelt gemäß den Weisungen der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, in deren Namen der Großindustrielle von Borzsig die Sabotage der Unter-

nehmer an der Reichsanstalt entzündet und kategorisch Bestandsabbau verlangt. Dem Anfinnen der Industriellen, die Verschlimmerung der Not von Mil-

lionen Erwerbslosen zum Bohndrud zu mißbrauchen, beugten sich die bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokratische Partei jedoch, verantwortungsbewußt den Interessen der arbeitenden Massen gegenüber, verteidigte die Arbeitslosen- und damit die gesamte Sozialgesetzgebung der deutschen Republik.

Diesen Kampf wird die Sozialdemokratische Partei, der Unterstützung des schaffenden Volkes gewiß, außerhalb der Regierung fortsetzen.

In der Abwehr aller sozialreaktionären Anschläge, der Pläne auf Erdrosselung der Arbeitslosenversicherung und der damit verbundenen Vorstöße auf Senkung der Löhne muß die gesamte Arbeiterklasse zusammenstehen. Die Zerstreuer der Einheitsfront, die kommunistischen Putschisten und die Söldlinge der Scharfmacher, die Nazis, werden die Sammlung und die Kampfkraft der Massen unter

Führung der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften nicht hindern noch schwächen,

Die Hafenkreuzer und die Erwerbslosen

Die Nazis biedern sich bei den Erwerbslosen an

Die Hitlerjünger machen die größten Anstrengungen, die Erwerbslosen für ihre Politik, die in der Nachhülfe des Faschismus besteht, einzufangen. Die Nationalsozialisten geben eine besondere Erwerbslosengleichung heraus, in der sie die Lösung aufstellen: „Keine Stempelstelle ohne Nazi-gelle“. Diese Taktik haben sich die Nazis fälschlich ihren Gefinnungsfreunden auf der äußersten Rechten abgekauft. Viel Erfolg werden die Nationalsozialisten mit ihrem Anbiederungsversuch bei den Erwerbslosen kaum haben. Ihre judenrefressischen und sozialistenfeindlichen Parolen üben höchstens eine Wirkung auf solche Teile der Erwerbslosen aus, die nicht durch die politische und gewerkschaftliche Erziehung gewonnen sind. Jeder politisch angelegte Arbeiter kennt die Naturgeschichte der Hafenkreuzer zur Genüge. Er weiß, daß er es hier mit ausgebliebenen Scharskruppen des Großhandels zu tun hat. Die Beziehungen der Nationalsozialisten, in deren Reihen nicht die Arbeiter, sondern abgetatete Hohenzollernoffiziere zu bestimmen haben, zu den Industriellen sind von der sozialdemokratischen Presse wiederholt bloßgelegt worden. Es liegen dokumentarische Beweise von ehemaligen Nationalsozialisten für die direkte Geldunterstützung der Hitler-Partei durch Großindustrielle vor.

Hitlers Beziehungen zu den Fabrikanten, wie dem Fabrikbesitzer Bechstein, dem Schwerindustriellen Kirchhof usw. bewiesen den wirtlichen Charakter dieser „Arbeiter“-Partei. Nicht umsonst hat sich Hitler ein Auto von dem Flügelfabrikanten Bechstein schenken lassen.

Wenn die Nazis heute zu den Erwerbslosen kommen und eine wilde Hebe gegen die Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratische Partei treiben, so sollte sich jeder Arbeitlose der ausschweifenden Beziehungen zwischen Nazi-Führern und schwerreichen Unternehmern erinnern.

Vom Faschismus gebellt

In Brauen ist nach sechsjähriger Jugendzeit zur Nationalsozialistischen Partei der Jungarbeiter Hans Vornig aus der sozialistischen Bewegung ausgeschlossen. In einem offenen Brief an die Arbeiterschaft schildert er seine Erfahrungen. Es heißt u. a.: „Es ist nicht mehr als die nackte Tatsache, wenn ich behaupte, daß der größte Teil der Mitglieder der NSDAP gar keine Ahnung von dem Parteiprogramm in dieser Partei hat, keine Ahnung aber über die von ihr getriebene Politik. Nur den einen Gedanken dürfen die Mitglieder haben, und der wird immer wieder durch blinden Hoffgeizert: Kampf und Tod dem Marxismus, dem Proletariat! Und doch möchten sie so gern das Proletariat in ihren Reihen haben.“

Ich war in den letzten Monaten ein eifriger Besucher der öffentlichen Stadtverordneten-sitzungen. Und hier konnte ich die Feststellung machen, daß die NSDAP nicht nur Tod und Verderben dem organisierten Proletariat ansetzt, sondern durch ihre Politik auch Verderben und Abend der gesamten Arbeiterschaft bringt.

Beim Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten für die Erwerbslosen

sagte ich mit größtmöglicher Deutlichkeit, daß in der NSDAP kein ernstes Mitglied für die Arbeitlosen lebt.

Und das alles verbindet man mit der Parole: „Arbeiter der Stirn und Arbeiter der Faust

vereintigt auch“. Arbeiter der Stirn — ja das ist das einseitige Diktatorcorps, das sind die Herren General von Epp, Graf Reventlow, Kapitänleutnant von Klinger, Hauptmann von Pfeffer usw. Und die Arbeiter der Faust, das sind die Leute, die 1914 das Kanonenfutter sein durften und die es künftig wieder sein dürfen.“

Was dieser ehemalige Nationalsozialist ausspricht, sollte jedem zum Nachdenken anregen, der den Hitler und Konjorten zuraut, sie könnten und würden das Los der Erwerbslosen und der Arbeiter verbessern.

Achtung! Sonderregelung für berufstätige Arbeitslosigkeit!

In den meisten Bezirken der Landesarbeitsämter war Ende März die Sonderregelung für die berufstätige Arbeitslosigkeit abgelassen. Die bisher unter diese einschließenden Bedingungen stehenden Erwerbslosen haben nunmehr Anspruch auf die Unterstützung in voller Höhe gemäß der festgestellten Lohnklasse. Desgleichen können Unterstützungspflänger von solchen Berufen, die zur Arbeitslosensicherung zugelassen sind, den Antrag auf Unterstützung stellen, wenn sie während der Sonderregelung aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschieden sind und den Antrag um deswillen nicht stellen konnten, weil sie unter die Sonderregelung fielen.

Die Hebe geht weiter

Durch die Kapitalistenpresse laufen folgende offensichtlich verkehrte Nachrichten:

Schwandorf (Bayern). Robler Arbeitsloser. In einem Orte der Umgebung von Schwandorf wohnt ein sehr vornehmer Arbeitsloser. Derselbe, Sohn eines angesehenen Bürgers, bezieht die Arbeitslosenunterstützung. Er fällt dadurch auf, daß er regelmäßig mit dem Motorrad auf die von ihm gepachtete Jagd fährt und sich auch sonst nichts abgeben läßt.

Man kann solche Herren Arbeitslosen sogar im Auto zum Stempeln an- und abfahren sehen.

(Deutsche Arbeitgeberzeitung, Nr. 2, Jahrgang 1930.)

Schmalldalen (Thüringen). „Bei der Verpachtung der Gemeindegagd in Altersbach (210 Hektar) auf die Dauer von neun Jahren erhielt als Höchstbietender der erwerbslose Schlosser und Unterstützungsempfänger August Henkel Chr. S. aus Steinbach-Hallenberg mit einem jährlichen Pachtpreis von 299,— RM, den Zuschlag! — Zu dem Pachtpreis hinzu kommen jährlich noch 29,90 und 35,— RM für Kreissteuer und Jagdschein, Summa 368,90 RM.; außerdem eine einmalige Stempelabgabe von 29,90 RM. — Waldmannsheil!“

Dieser letzten Weidung hängen die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ folgenden Kommentar an:

„Unterstützungen empfangen, Jagd pachten zum Höchstgebot und dann den lieben langen Tag in Feld und Wald wandern, das ist wirklich eine feine Sache.“

Jeder vernünftige Mensch weiß, daß die Arbeitslosenunterstützung die Erwerbslosen vor dem Verhungern schützt, daß sie unmöglich mit der Unterstützung irgendwelche Sprünge machen können. Wenn wirklich, wie oben dargestellt, mißbräuchliche Benutzung der aus Arbeitergroßen hauptsächlich zustande gekommenen Arbeitslosenversicherung vorgekommen sein sollte, so haben die Erwerbslosen selbst das größte Interesse an der Verhinderung solcher Mißbräuche. Dazu bedürfen sie nicht der Hebe der Scharfmacherpresse, die nicht auf eine Sicherung der Arbeitslosenunterstützung, sondern auf deren Untergrabung und Beseitigung zielt.

Erwerbsloser als Jagdpächter

Der Nachricht über die angebliche Verpachtung der Gemeindegagd in Altersbach an einen Erwerbslosen ist der Göttinger „Volksbote“ auf die Spur gegangen und hat hierbei folgendes festgestellt: Es stimmt, daß in der Gemeinde der Arbeitslose Henkel die Jagd gepachtet hat. Aber nicht für sich, sondern für den Fabrikanten Usbek in Steinbach-Hallenberg, bei welchem Henkel beschäftigt war. Es ist nicht wahr, daß Henkel seit drei Jahren arbeitslos ist. Er hat lediglich einige Wochen ausgekehrt und die Jagd im Auftrage seines Arbeitgebers gepachtet.

Die häßlichen Stoffen, die die Unternehmerpresse an diese Jagdverpachtung knüpfte, waren also völlig unangebracht.

Aus dem Sowjetparadies

Eine „Reform“ der Arbeitslosenversicherung

Man zählt in der Sowjetunion (offiziell) im Jahresdurchschnitt 1928/29 1 223 700 Arbeitslose (Kontrollziffern der Volkswirtschaft der Sowjetunion für 1929/30“, S. 486; alle weiter unten angeführten Zahlen sind der gleichen Quelle entnommen), von denen nur 353 700 Arbeitslosenunterstützung bezogen. Für das Jahr 1929/30 ist die Verminderung der Arbeitslosenzahl auf 1 106 200, d. h. um 9,6 v. H. „geplant“, die Verminderung der Zahl der unterstützten Arbeitslosen auf 541 600, d. h. um 36,6 v. H. vorgelesen. Die offizielle (überhöht angegebene) Zahl der unterstützten Arbeitslosen soll von 69,8 v. H. der offiziellen (zu niedrigegeiffenen) Zahl der Arbeitslosen auf 49,1 v. H. herabgedrückt werden. Damit dies Ziel erreicht werden konnte, wurde zu Anfang des Winters eine „Reform“ der Arbeitslosenversicherung durchgeführt, die bewirkt hat, daß

beitslose von dem Bezug der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen.

Neue Verfügung über Arbeitsverweigerung

Das Arbeitsvollstreckungsamt der UdSSR hat eine neue Verfügung über den Kampf mit der Arbeitsverweigerung herausgegeben. Den Arbeitslosen, die Erwerbslosenunterstützung beziehen, wird diese im Falle, wenn sie bei der Arbeitsverweigerung keine triftigen Gründe anführen können, für drei Monate entzogen; für diese Zeit werden sie auch von der Arbeitsvermittlung ausgeschlossen. Im Falle einer nochmaligen Arbeitsverweigerung werden die Erwerbslosen für nicht weniger als sechs Monate von der Arbeitsvermittlung ausgeschlossen; und verlieren den Anspruch für die Erwerbslosenunterstützung für die ganze Zeit der Erwerbslosigkeit. („Pravda“, am 22. Februar 1930.)

Gebt uns Arbeit, so rufen die arbeitslosen Jugendlichen!

Die erwerbslosen Jugendlichen wollen ja gar nicht arbeiten! Diesen Ausspruch hört man nur zu oft aus dem Munde „guter“ Bürger, die gar keine Ahnung von den wirtlichen Verhältnissen haben. Hat es denn jetzt überhaupt einen Zweck, nach Arbeit zu fragen? Man kann zurzeit jede Arbeitsstelle, jedes Kontor ablaufen; überall erhält man abschlägige Antworten! Es ist eine schamlose Verleumdung aller jugendlichen Arbeiter, wenn man davon spricht, daß sie ja gar nicht arbeiten wollen.

Wie viele Jugendlichen gibt es, denen durch ihre Arbeitslosigkeit das Elternhaus, die von bürgerlicher Seite so hoch gepriesene Familie, zerstört wird. Der Vater arbeitet, die Mutter geht manchmal auch noch einer Beschäftigung nach, und der Junge muß mit „durchgeäuert“ werden. Muß sich der Jugendliche nicht so selbst aus diesem unheilvollen Zustand herausheben? Kann da noch von einem Schlemmerleben der Arbeitslosen die Rede sein?

Mancher laie Bürger ahnt nicht, in welchem Maße durch solche Verhältnisse die „heilige“ Form der Familie zermürdet und zertrümmert wird. Unendlich schwer ist auch das Los der erwerbslosen Jugendlichen. Viele werden auf die Landstraße, zum Betteln und vielleicht zuletzt noch zu Verweisungsstätten getrieben, die sie als unschuldige Opfer der Arbeitslosigkeit hart büßen müssen. Und darum will man uns beneiden? Gebt uns Arbeit zu menschenwürdigen Löhnen und bei menschenwürdiger Arbeitszeit! Das ist unser Wille.

Ein arbeitsloser Jugendlicher.

Starkes Anwachsen der Wohlfahrts-erwerbslosen

Nach den Erhebungen des Deutschen Städtetages bei den Gemeinden über 50 000 Einwohnern, die eine Einwohnerzahl von 24,5 Millionen umfassen, ist die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen von 215 000 am 31. Dezember 1929 auf 270 000 am 28. Februar d. J. gestiegen. Dagegen beträgt in denselben Gemeinden die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger am 28. Februar nur 175 000.

Dieser Zustand ist sowohl für die Gemeinden wie insbesondere für die Arbeitslosen ganz untragbar. Bei den Wohlfahrts-erwerbslosen handelt es sich um arbeitsfähige und

arbeitswillige Menschen, die genau so betreuert werden müssen wie die übrigen Arbeitslosen. Die vielfach ausgesprochene Behauptung, daß es sich bei den Wohlfahrts-erwerbslosen um ältere und daher um minder leistungsfähige Kräfte handelt, ist falsch, denn nach den Feststellungen des Städtetages befinden sich 80 Proz. aller Wohlfahrts-erwerbslosen in einem Lebensalter unter 40 Jahren.

Gegen die Überstunden!

Der Bergbauindustriearbeiterverband wendet sich in einem Aufruf an seine Mitglieder gegen das Verfahren von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Er betont, daß es in einer Zeit der Freischichten, der Entlassungen und Lohnminderungen Wahnsinn sei, durch das Verfahren von Überstunden den anderen Kameraden in den Rücken zu fallen. Alle Bergarbeiter müßten, um das

Der Haushalt der Reichsanstalt verabschiedet

Ende März hat der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung den Haushalt für das Rechnungsjahr 1930 verabschiedet. Die Einnahmen aus Beiträgen der Unternehmer und der Arbeiter, die auf 3 1/2 Proz. bis zum 30. Juni 1930 und auf der gesetzlich festgelegten Darlehensverpflichtung des Reiches beruhen, wurden mit 920 Millionen Mark festgesetzt. Aus Darlehen des Reiches werden 332 Millionen und aus eigenen Einnahmen 2,3 Millionen Mark erwartet.

Bei den Ausgaben sind 1094,4 Millionen Mark für Unterhaltungsbeträge, 30 Millionen für Kostbandsarbeiten, 7 Millionen für Kurzarbeiterunterstützungen, 6,3 Millionen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit, 16,5 Millionen für Berufsberatung und 91,4 Millionen für Verwaltungskosten veranschlagt.

Die angelegte Arbeitslosenunterstützung genügt, um im Jahresdurchschnitt 890 000 Hauptunterstützungsempfänger zu betreuen. Nach den Erfahrungen des letzten Jahres dürfte diese Summe bei weitem nicht ausreichen, da 1929 die durchschnittliche Unterstützungsziffer bei 1,2 Millionen liegt. Zur Deckung des Fehlbetrages müssen also

Stend nicht noch zu vergrößern, sozialistisch handeln.

Ähnliche Anforderungen an ihre Mitglieder zur Vermeidung von Überstunden haben auch andere freie Gewerkschaften ertassen.

Kommunistenangst vor der „Erwerbslosen-Tribüne“

In Erfurt überfielen kommunistische Randles Arbeitslose, die vor dem dortigen Arbeitsamt die „Erwerbslosen-Tribüne“ verteilten. Durch das Drohgebahren von Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend wurden weitere Tätigkeiten der Kommunisten verhindert. In ihrer Mut vorbrannten die Thüringer die ersten Exemplare der „Erwerbslosen-Tribüne“.

Die Kommunisten glauben, ihre Jesur den Erwerbslosen aufzuzwingen zu können. Solche Methoden müßten den Kommunisten in Rußland noch vorläufig gelingen, in Deutschland wird sich der denkende Arbeiter Unterstützung zu verschaffen wissen. Die Freiheit der Erfurter Kommunisten beweist, daß ihre Partei gegenüber den Erwerbslosen ein schlechtes Gewissen hat.

weitere Reichsmittel in Anspruch genommen werden.

Als beschleunigt sind die für Kostbandsarbeiten und für Zwecke der Verhütung der Arbeitslosigkeit angelegten Mittel zu nennen. Da sie erhöht werden, hängt bestimmt nicht von dem neuen Kurs in der Reichsanstalt unter Führung des Zentralministers Eberwald, sondern einzig und allein von der Entschlossenheit der freigewerkschaftlichen und sozialistisch orientierten Arbeiterklasse ab. Sie stellt ebenfalls die Kraft dar, alle Versuche der Herabsetzung der Leistungen der Reichsanstalt zu verhindern.

Der stempelnde Arbeitsminister

Ein bürgerliches Blatt meldet aus New York, daß der Arbeitsminister eines mittelamerikanischen Staates, „um das Problem der Arbeitslosigkeit aus eigener Anschauung unversäht beurteilen“ zu können, zwei Wochen lang unerkant in einem Nachbarstaat als Erwerbsloser gelebt habe.

Hoffentlich kommt das Hineinfallen in die Lage der Arbeitslosen den Erwerbslosen des betreffenden Landes auch zugute.

„Greia Garbo hat mich im Traum geküßt“

Also heißt ja wohl der neueste Schlag. Und das Herz der stellunglosen Kontoristin, das des arbeitslosen Angestellten, der noch im Leben sein Ideal erhofft, schlägt höher, wenn die stichige Vorhimmlung der Filmdiva vom Leierkastenmann gebracht wird.

Den hungernden Berechnern und Berechnern würde statt der Schlagstrümmerei das Geld besser tun, das diese Filmstars zur Erhaltung und zur Erhöhung ihrer Reize in aufreißender Verschwendung täglich gebrauchen. Da schreibt eine junge Filmschauspielerin, die noch nicht einmal zu den Prominenten der Prominenten gehört, in einem Modemagazin folgendes:

„Ich pflege meine Wimpern, indem ich sie abwechselnd hintereinander einmal mit kondensierter Milch und mit reinem Olivenöl abwische.“

Bei der „Gesichtspflege“ hat diese Frau folgende Spezialität: Sie reibt sich das Gesicht mit Eiweiß ein und ihr Ramd darf ihr die Nase tagtäglich auf der Haut troden lächeln. Dann kommt eine zweite Schicht Jähnererweiß drauf und nach eini-

ger Zeit wird dieser Eierkuchen mit bester Schlaglöhne „abgewaschen“.

Ein anderer Star benutzt täglich 4 rohe Eier zum Haarwaschen und ein Ei zum Hautreiben. Daneben noch Zitronen, ein Liter Olivenöl, eiskalte und heiße Bäder, gar nicht zu reden von den kostspieligen Parfüms.

Als Recht demerit zu dieser Schönheitskonfektionierung die „fränkische Tagespost“:

„Mancher arme Lausel wäre froh, wenn er das zu essen bekäme, was sich so ein Star im Laufe von vierundzwanzig Stunden ins Gesicht schmeißt und dann die Wasserleitung himmelspült. Wozu das alles? Wer gesund lebt, und das können die Film- und Bühnenstars auf Grund ihrer Einkommen, dem gibt die Natur ohne weiteres eine Haut, die an Schönheit jede künstlich getünchte übertrifft.“

„Imlernen!“

In einer bürgerlichen Zeitschrift wofft ein Kenner sozialer Verhältnisse in Uebersee darauf hin, daß manchmal deutsche Angestellte Herzgelande sich schwer umzustellen vermöchten, während sie bei einer Auswanderung

unbedenklich die größten Arbeiten verrichten. Wir lesen u. a.:

„Wenn der Deutsche nach Amerika, Kanada oder Australien auswandert, so findet er nichts dabei, seine wirtschaftliche Erfahrung von unten neu aufzubauen. Er arbeitet unbedenklich und ohne Hemmungen als Geschriftwächter, als Buchhändler und Handarbeiter. Wenn er aber in seiner Heimat von der sogenannten geistigen Arbeit (in 90,9 Prozent aller Fälle ist es aber doch auch nur eine mechanische Arbeitsleistung) zur sogenannten Handarbeit übergeben soll, so empfindet nicht nur er, sondern seine ganze Familie und Umgebung diesen Schritt als eine unerhörte Herabsetzung. Krieg, Revolution und Inflation haben bis auf den heutigen Tag noch nicht vermocht, den Kapitalgeist und vor allem die falsche Einschätzung der Arbeit in der Wertigkeit und im Maßstab zu befehlen.“

Diese auf falscher Erziehung beruhende Vereinnahmung und Herabsetzung körperlicher Arbeit wird erstallherweise durch das Vorbild der im sozialistischen Geiste tätigen Jungen mehr und mehr zurückgedrängt.



WAS UNS ARBEITSLOSE SCHREIBEN

Die „Erwerbslosen-Erbüne“ wird begrüßt!

Brief aus Dresden.

Endlich findet ihr es notwendig, ein Blatt für Erwerbslose herauszugeben. Das hätte schon viel früher geschehen müssen, um der unruhmreichen Partei und den Gewerkschaften feindlichen Agitation entgegenzuwirken. Hoffentlich wird die „Erwerbslosen-Erbüne“ unentgeltlich auf den Straßen verbreitet. Ich vermisse in der „Erwerbslosen-Erbüne“ eine Statistik der Wohlfahrtserwerbslosen! Es ist notwendig, der vielen aus der Arbeitslosenversicherung Ausgesteuerten zu gedenken. Unsere Lage als Fürsorgeempfänger ist fürchterlich. Die Beamten sagen einem, daß die Wohlfahrtserwerbslosen eine Gnade wären. Die Anwartschaft von 20 Wochen ist viel zu groß. Wer kann sie bei einem so schlechten Erwerbsmarkt erfüllen? 1929 konnte ich nur 11½ Wochen Reststandsarbeiten bekommen. Ein Ausgesteuerter hat laut Gesetz keinen Anspruch auf Reststandsarbeit, nur auf öffentliche. Diese reicht bei der großen Zahl Fürsorgeerwerbslosen nicht aus. Ungerecht ist auch das Klassensystem in den Unterstützungsämtern. Noch mehr als bisher muß die Partei mittels Flugblätter und Vorträge die Massen über die tatsächlichen Verhältnisse aufklären. Vor allem aber ist es notwendig, Arbeit zu schaffen.

*

Schitane oder Dummelei?

Brief aus Sebnitz.

Um eine Steuerbescheinigung vom Arbeitsamt zu bekommen, wurde ich hier Mitte Februar vorstellig. Immer wieder wurde ich abgewiesen oder vertröstet; angeblich war ich noch nicht an der Reihe. Alle Beschwerden über den langsamen Gang fruchteten nichts. Eine Beschwerde beim Ausschuß würde bis zu ihrer Erledigung Wochen dauern. Als Erklärung meiner Behandlung vermute ich folgendes: Ich meldete mich Ende Dezember arbeitslos und erhielt nach Ablauf der Karenzzeit 14,63 M. Unterstützung. Als ehemaliger Besucher der Betriebsräte- und Wirtschaftsschule bin ich mit den Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung vertraut. Ich errechnete, daß ich, wohl ohne böse Absicht, eine Klasse zu niedrig eingeschätzt war. Die von mir eingeleitete Beschwerde wurde zu meinen Gunsten entschieden. Das kann man mir scheinbar nicht verzeihen, daß ich als gewöhnlicher Arbeitsloser den Herren vom Arbeitsamt einen Rechenschaftsfehler nachweisen konnte. Sollte das der Fall sein, so finde ich es unerhört, daß den Erwerbslosen Schwierigkeiten bereitet werden, die wie Schitane anmuten. Wir hoffen, daß die Vermutung des Einsenders, wegen Kenntnis der einschlägigen Bestimmungen schitankert zu werden, nicht zutrifft. Red. E.T.)

*

Umgekehrt müßte es sein!

Brief aus Rölln.

Mein Bruder C., 35 Jahre alt, Vater von drei Kindern, ist seit einem halben Jahre erwerbslos und ausgesteuert. Er wohnt in Hause meines Vaters zwei arbeitslose Manufakturzimmer und machte einen Antrag auf Wohlfahrtserwerbslosenunterstützung. Dieser wurde meinem Vater, der bereits 75 Jahre alt ist und als ehemaliger Kommunalbeamter eine kleine Pension bezieht, zum Bürgermeisteramt der Gemeinde Rölln in Weiden bestellt. Dort wurde ihm vom Bürgermeister das An-

sinnen gestellt, meinen Bruder mit Frau und Kindern zu unterstützen. Dabei ist dem Herrn genau bekannt, daß noch zwei erwerbslose, unverheiratete Söhne und eine Tochter von der oben erwähnten Pension zum großen Teil mit leben müssen. Als mein Vater das Ansinnen ablehnte mit dem Hinweis, daß ein großer Teil seines Einkommens in den Steuerfäden wandere, machte der Bürgermeister den Vorschlag, meinem Bruder einen Teil des elterlichen Vermögens zu überlassen und später in Abzug zu bringen. Auch das lehnte mein Vater selbstverständlich ab. Es geht doch wohl nicht an, daß ein 75jähriger Mann, der im wilhelminischen Zeitalter ein Monatsgehalt von 60,— Mtl. bezog, für seine verheirateten Kinder am Abend seines Lebens sorgen soll.

*

Unglaubliches Verhalten einer Wohlfahrtstelle

Brief aus Schneebell.

Der bürgerliche Stadtrat Freyburg verweigert gegenüber einem Hilfswilligen die Einziehung einer Unterstüfung mit der Begründung, daß der Betreffende mit einer Frau zusammen lebe, die monatlich Rentenbezüge erhalte. Daher könne von einer Hilfsbedürftigkeit nicht mehr gesprochen werden. Wörtlich heißt es in dem Bescheid: „Die W. ist in der Lage, Sie mit zu unterstützen.“ (!)

Es läßt sich gesetzlich und juristisch in keiner Weise begründen, daß die Frau irgendwie unterhaltspflichtig für ihren Untermieter ist. Ueberdies leidet die Frau an einer Lungentuberkulose und muß von ihrer Rente sechs größtenteils kranke Kinder unterhalten. Dieser Bescheid des Schneebeller Wohlfahrtsamts ist geradezu ein Skandal.

Wozu die Nervosität?

Brief aus Bleicherode.

In der letzten Arbeitslosenversammlung wurde lebhaft Beschwerde über die Nervosität der Polizei geführt. Jüngere Denunzianten sollte die Alarmierung der Polizei voranlaßt. In Nordhausen wurden sogar 18 Polizeibeamte zur Verfügung arbeiten. Die hiesigen Erwerbslosen sind zum größten Teil organisiert und wissen, daß Polizei und Kriminal keine Arbeit bringen. Die Arbeitslosen wollen keine Almosen, sondern sie verlangen ihr Recht. Schnelle und wirkliche Hilfe dort, wo die Not am größten ist.

*

Erwerbslose und Spielteufel

Nach einer Meldung der Frankfurter Polizei haben sich dort in der Nacht in der Nähe des Arbeits- und Wohlfahrtsamts eine Reihe von sogenannten Spielclubs gebildet. Jüngere dunkle Personen versuchen vielfach — leider nicht ohne Erfolg — den Erwerbslosen das bare Geld aus der Tasche zu locken. Es war notwendig, daß solche Erwerbslosen, die sich ihrer Unterstützung in dem Spielclubs abnehmen lassen, das Geld einzuschulden und arbeitslos an die Justizsammler abzuführen. Kam es zu Streitigkeiten, so wurde manchmal auch den Familien die Unterstützung in Form von Lebensmitteln ausgehändigt.

Soweit die Mitteilung. Es ist natürlich richtig, daß die Unterstützung für die zuchtschuldigen Angehörigen gesichert und auch sonst der Zweck der Unterstützung für Bedeuge gewahrt wird. Aber ebenso notwendig erscheint uns ein radikales Durchgreifen gegen die Veranstalter und Begünstiger solcher offensichtlich betrügerischen Clubs. Hier könnte eine Schließung von Lokalen und Kongressionsabteilung nur heilsam wirken.

Rechtsecke der Erwerbslosen

Wer erhält Kurzarbeiterunterstützung?

5. Höhe der Unterstützung.
- Die Kurzarbeiterunterstützung einschließlich des um den Beitragsteil zur Krankenversicherung erhöhten Betrages und des Arbeitsentgelt für die verkürzte Arbeitszeit dürfen fünf Sechstel des vollen Arbeitsentgelts (Arbeitslohn), d. h. das Arbeitsentgelt, das der Arbeitnehmer bei voller Beschäftigung erreichen würde, nicht übersteigen. Sie betragen höchstens
- a) bei Ausfall von 3 Arbeitstagen 1
 - b) bei Ausfall von 4 Arbeitstagen 2
 - c) bei Ausfall von 5 Arbeitstagen 3
- Tagesätze der Arbeitslosenunterstützung.
- Kurzarbeiter mit 2 oder solche mit 3 und mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen im Sinne des § 103 Abs. 2 AWWG. können
- a) bei Ausfall von 3 Arbeitstagen bis zu 2 oder 2½
 - b) bei Ausfall von 4 Arbeitstagen bis zu 2½ oder 3
 - c) bei Ausfall von 5 Arbeitstagen bis zu 3½ oder 4
- Tagesätze der Arbeitslosenunterstützung erhalten.
6. Unterbrechung der Unterstützung.
- Bei Unterbrechung der Kurzarbeit auf mehr als 3 Kalenderwochen kann die Kurzarbeiterunterstützung erst wieder gewährt werden,

wenn die Voraussetzungen für die Wartezeit erneut erfüllt sind, und der Unternehmer seiner Anzeigepflicht nachgetommen ist.

7. Anzeige des Arbeitgebers.

Die Gewährung der Kurzarbeiterunterstützung ist abhängig von einer Anzeige des Unternehmers an das zuständige Arbeitsamt, daß in dem Betriebe kurz gearbeitet wird. Die vorgeschriebene Anzeige kann — sofern sie der Unternehmer unterläßt — von der Betriebsvertretung oder, falls eine solche nicht besteht, von jedem Arbeiter des Betriebes erstattet werden.

Die Unterstützung beginnt mit der Kalenderwoche, die auf den Eingang der Anzeige bei dem Arbeitsamt folgt, sofern die Wartezeit erfüllt ist.

8. Verfahren.

Außer der vorgeschriebenen Anzeige (Ziffer 7) ist ein Antrag auf Gewährung von Kurzarbeiterunterstützung erforderlich. Diesen kann der Unternehmer oder die Betriebsvertretung oder, sofern eine solche nicht besteht, jeder Kurzarbeiter für alle Kurzarbeiter des Betriebes stellen. Zuständig für den Antrag ist das Arbeitsamt, in dessen Bezirk der Kurzarbeiter beschäftigt wird.

Ueber die Gewährung, Verfassung oder Unterbrechung der Kurzarbeiterunterstützung entscheidet der Vorsitzende des Arbeitsamts. Der Kurzarbeiter ist zur Annahme anderweitiger zumutbarer Arbeit verpflichtet.